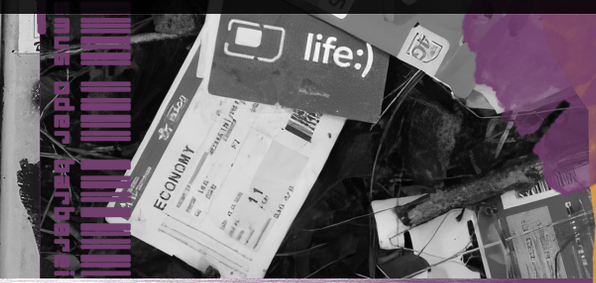
Nr. 90 - Januar/Februar 2022 - 2,00 Euro

Young Struggle

lieben.leben.kämpfen



Ihre Krisen haben System

WEG AUS DER KRISE

Krise des Kapitalismus, Coronakrise, Klimakrise. Wohin man schaut: Krisen. Doch welcher Weg führt uns raus aus diesem Elend? Es ist der Sozialismus!

ZEIT FÜR EINE ANTWORT DER ARBEITER:INNEN

Der Staat hat sich selbst in die Krise geritten, um wieder heraus zu kommen überlegt sich er sich immer neue Gesetze. Die Krise wird dadurch nicht gelöst.

SCHULE VORBEI - WAS JETZT?

Nach der Schule gibt es viele neue Herausforderungen. Besonders in der Krise werden Zukunftsfragen zu echten Problemen.

LIEBE LESER:INNEN,

das neue Jahr 2022 hat begonnen und in dieser Ausgabe möchten wir uns mit der Krise des bürgerlichen Staates beschäftigen. Sei es die Corona-, Klima- oder Systemkrise, der Anstieg patriarchaler Gewalt oder faschistischer Tendenzen. Überall herrscht Krise.

Die Situation an der polnischen-belarussischen Grenze, welche bis heute anhält, hat einmal mehr die Grausamkeit des europäischen Grenzregimes gezeigt. Wir wollen in einem Artikel die Hintergründe dieser Politik aufzeigen.

Die neue Regierung wird von vielen als Zukunftskoalition angesehen, doch sie dient genauso den Interessen der Kapitalisten und wird, wie anderere Regierungen vorher Politik in ihrem Interesse machen.

Dass die reaktionären Kräfte in einer Zeit der Krise immer stärker werden, sehen wir nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Behörden, wie der Polizei, welche immer offener ihr rassistisches und faschistisches Weltbild zeigt. Der Mord an Oury Jalloh jährt sich am 07.01. zum sechzehnten Mal, am 19. Februar jährt sich der rassistische Anschlag von Hanau zum zweiten Mal. Das System hinter all dem Rassismus wird in dieser Zeitschrift behandelt.

Die Gewalt an Frauen hat in dieser Zeit der Krise immer stärker zugenommen. Die Regierung zeigt sich aber nicht bereit dagegen vorzugehen. Nur die Zerschlagung des patriarchalen und kapitalistischen Systems durch die Frauenrevolution wird dem ein Ende machen.
Für Jugendliche stellen sich in der Krise immer neue existenzielle Fragen. Wenn sie mit der Schule fertig sind, müssen sie sich fragen, wie sie die immer steigenden Kosten zum Leben bezahlen können und ob sie, um dies machen zu können studieren oder arbeiten gehen, wobei nicht klar ist, ob das später etwas nützen wird.

Auch im neuen Jahr planen die Herrschenden Angriffe auf Arbeiter:innen und Jugendliche. Doch es muss nicht so sein. Mit unseren Artikeln möchten wir die Probleme des kapitalistischen Systems aufzeigen und euch alle dazu aufrufen dafür zu sorgen, dass diese Probleme gelöst werden können. Das kann aber nur geschehen, wenn wir uns organisieren und in diesem neuen Jahr mit aller Entschlossenheit für ein System kämpfen, dass nicht der Profitgier weniger Menschen, sondern uns allen dient, also wenn wir für den Sozialismus kämpfen.

Young Struggle ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche, wie immer gilt: Wollt ihr Artikel schreiben oder habt Feedback oder Anregungen, schreibt uns oder sprecht uns an und helft uns die Stimmen der Jugend noch lauter werden zu lassen indem ihr die Zeitung an eure Freund:innen verteilt oder sie gemeinsam lest.

Eure YS-Redaktion

SAG UNS DEINE MEINUNG!

Kritik, Anregung und Artikel sind jederzeit erwünscht.
Auch wenn ihr übersetzen könnt (am meisten wird Türkisch-Deutsch benötigt) und revolutionäre Presse unterstützen wollt: meldet euch bei uns.

Wir sind erreichbar unter der Mail:

YS-Redaktion@riseup.net

INHALTSVERZEICHNIS

Seite **3**:
Schule vorbei: Was jetzt?

Seite **6**:
Neue Bundesregierung: Von Fortschritt und Aufbruch nichts zu sehen

Seite **9**:
Was die Flutkatastrophe über den deustchen Staat aussagt

Seite **12**:
Der Weg aus der Krise

Seite **15**:
Poster: Krise des Kapitalismus

Seite **17**:
Frauenmorde und Gewalt gegen Frauen ist die Krise selbst: Gegen die Krise in den Frauenaufstand!

Seite **19**:
Eure Erfahrungen mit der Krise

Seite **21**:
Es wird Zeit für eine Antwort der Arbeiter:innenklasse

Seite **23**:
Von Dessau bis Hanau: So viele Einzelfälle

Seite **25**:
Neue Mauer der Festung Europa

Seite **29**:
Gedicht: Mein schöner Körper

Schule vorbei:

Was jetzt?

Jahre lang haben wir in der Schule gesessen und uns dem Leistungsdruck angepasst. Teilweise unsere komplette Existenz nur mit dem Lernen verbracht, denn wer in diesem System nichts Leistet hat ein Problem.

Doch jetzt ist diese Zeit vorbei und das erwachsene, „freie“ Leben steht uns bevor, naja nicht so ganz...

Wie funktioniert das echte Leben alleine überhaupt?

Uns werden Massen an Sachen beigebracht, die man in seiner Weiterbildung, ob nun in der Ausbildung oder im Studium verwenden kann, aber der komplette Rest wird einfach vergessen. Wie finde ich eine Ausbildungsstelle oder einen Studienplatz und erfülle ich überhaupt die Anforderungen um angenommen zu werden? Wie man überhaupt erst selbstständig werden kann und einen Studienplatz oder eine Ausbildungsstelle bekommt, das wurde uns nicht ansatzweise beigebracht.

Wie krieg ich bei dem Mietenwahnsinn überhaupt eine eigene Wohnung? Wenn man

dann auch noch alleine leben will, muss man sich erst mal beibringen, den ganzen Bürokratiekram zu erledigen, und auch noch genug Geld zusammen kratzen, um überhaupt die überteuerten Mieten bezahlen zu können.

Ausbildung in der Krise und passt meine Existenz dir nicht, in meine Zukunftswünsche?

Fragen über Fragen, aber damit umgehen müssen ist unsere Lebensrealität. Besonders in der Krise, wo die Preise steigen und die Anforderungen für Ausbildungen für Arbeiter:innen immer höher werden, ist es unglaublich schwer, irgendeine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Dafür dann die perfekte Bewerbung haben wird außerdem auch schwierig, wenn einem in der Schule gar nicht erst beigebracht wird wie man diese schreibt.

Ob wir nun Probleme haben, das alles überhaupt auf eigene Faust verstehen zu können, kommen daraufhin bei dem Versuch, all diese Sache hinzukriegen, nicht nur unsere Leistungen als Kriterien auf, sondern es kommt darauf an, wer wir sind.

Sehe ich nicht deutsch genug aus?

Besonders Migrant:innen wird es schwer gemacht in der Berufswelt, da diese von Rassismus und Diskriminierung ohne Ende durchzogen ist.

Hab ich deiner Meinung nach das falsche Geschlecht für den Beruf, den ich anstrebe?

Willst du als Frau beispielsweise einen handwerklichen Beruf erlernen, wird da doch lieber der „starke“ Mann angenommen. Oder dir wird auch noch vorgeschlagen, doch lieber in den sozialen Bereich zu gehen. Es ist nun mal kein Wunder, dass Frauen im Patriarchat sich auch in der Bewerbung durchgehend mit patriarchalem Verhalten abfinden sollen.

Findest du heraus, dass ich ein anderes Geschlecht liebe als das du willst?

Wenn man dann doch eingeladen wird zu einem Bewerbungsgespräch, ist es nicht selten so, dass auch persönliche Fragen über deine Familienplanung gestellt werden, wenn dann raus kommt, dass du nicht unbedingt das für deine:n Arbeitgeber:in richtige Geschlecht liebst, landet danach nicht selten eine Absage in der Post.

Ist meine Familie dir nicht reich genug? Was brauchst du überhaupt, um dir alle Sachen wie angemessene Kleidung, Bewerbungsbilder oder Mappen zu bekommen?

Richtig, Geld. Wenn du das dafür nicht hast, kannst du einen halbwegs angenehmen Start in die Berufswelt vergessen.

Zu dem Punkt, dass wir nicht nur perfekte Leistungen erbringen sollen, damit wir überhaupt human behandelt werden, kommt auch noch, dass wir auch im Berufsleben und in der weiteren Bildung nach der Schule durch Diskriminierung Steine in den Weg gelegt bekommen.

Ob ich als Frau an einem handwerklichen Berufskolleg abgelehnt werde, weil es keine Frauentoiletten gibt oder als Migrant:in nicht mal zum Bewerbungsgespräch eingeladen werde, weil mein Nachname mich verraten hat. All diese Punkte sind unsere Realität.

Alleine leben? Wie das?

Die Wohnungssuche ist außerdem noch ein Punkt, der auf uns nach der Schulzeit zukommt, und das ist wieder nicht die einfachste Angelegenheit. Welche Versicherung brauche ich oder kann ich mir in der Stadt, in der ich lebe, mit meinem Minijob oder Unterhalt überhaupt ein WG (Wohngemeinschaft) Zimmer leisten? Die steigenden Mieten machen es jungen Menschen fast unmöglich, human leben zu können und sich zusätzlich auch noch sein restliches Leben zu finanzieren.

Wenn ich es dann endlich geschafft habe, eine Wohnung zu finden, muss ich sie ja auch noch einrichten und auch noch meine restlichen Kosten decken, das ist eigentlich nur möglich, wenn meine Eltern das Geld dazu haben, sich über Wasser zu halten und auch noch mich zu unterstützen. Wenn das nicht der Fall ist, muss ich mich mit Behörden rumschlagen, die alles daran tun, dass sie mir so wenig Geld geben müssen wie es geht.
Darauf folgen konstante Existenzängste und ein stetiger Kampf ums Überleben in einem ausbeuterischen System.

Ist das nicht normal?

Uns wird aber von Anfang an vermittelt, dass es legitim ist, so leben zu müssen.

„Jeder hat doch in seiner Jugend nicht unbedingt genug Geld. Dann musst du dich halt hocharbeiten !“ Das sind alltägliche Aussagen, die uns vorgaukeln sollen, dass wir zumindest eine geringe Chance hätten, unseren Klassenstandpunkt überwinden könnten. Doch wie soll das gehen, wie soll ich mir neben meiner Arbeit, die mir schon meine ganze Zeit raubt, noch die Zeit nehmen mich weiterzubilden, um eventuell eine bessere finanzielle Lage zu bekommen?

Das geht nicht und es soll in diesem System auch nicht gehen. Der Kapitalismus braucht weiterhin Arbeiter:innen, die er ausbeuten kann, das heißt, es ist nicht vorgesehen, dass das Proletariat über sich hinauswächst.
Das können und wollen wir so nicht akzeptieren!

Was tun?

Wir müssen uns bewusst werden, dass die Kämpfe für mehr Lebensunterhalt, bezahlbaren Wohnraum oder gegen die Diskriminierung auf dem Berufsmarkt weiterhin wichtige Kämpfe sind, die wir auch weiterführen müssen, aber wir dürfen den Grundauslöser dieser ganzen Probleme nicht wegignorieren.

Wir müssen weiterhin Streiks organisieren und für eine Berufswelt ohne Diskriminierung auf die Straße gehen. Unsere Organisierung als Arbeiter:innen und Schüler:innen ist dabei von ungemeinem Wert. Wir dürfen aber nicht bei geringen Abspeisungen der Arbeitgeber Ruhe geben, denn in einer Gesellschaft mit Klassen werden wir nie frei sein.

Unser Kampf muss weiterhin der Klassenkampf sein, denn im Kapitalismus und Patriarchat wird es keine gerechte und sinnvolle Bildung geben, in diesem System können wir nicht unsere Lebensrealität groß verändern und deswegen ist die einzige Lösung der Kampf gegen die Unterdrücker.

Lillo, Duisburg

Neue Bundesregierung: Von Fortschritt und Aufbruch nichts zu sehen

Nach etwa einem Monat Verhandlungszeit haben SPD, Grüne und FDP Anfang Dezember in Berlin ihren neuen Koalitionsvertrag für nächsten 4 Jahre vorgestellt. Das neue Papier, dass den Titel „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ trägt, wurde dabei von den Beteiligten selbst in den höchsten Tönen gelobt, sie sprechen von einem Neuanfang für Deutschland und einem Aufbruch in eine neue Zeit. Zwar wird sich mit der Politik der neuen Regierung auf den ersten Blick einiges ändern, doch eine Zeitenwende sieht anders aus. Eine Lösung für die Probleme unserer Zeit verspricht der Koalitionsvertrag schon gar nicht.

Bereits vor Beginn der Verhandlungen haben die Parteien verschiedene Bedingungen gestellt, die sich mit etwas nachdenken kaum miteinander vereinen lassen. Die FDP wollte, wie immer, vor allem der Wirtschaft mehr Freiheiten einräumen und keine Steuererhöhungen oder neue Staatsschulden aufnehmen. Dem entgegen stand die Forderung der Grünen, die als einzige wirkliche Bedingung an eine Koalition hatten, dass die Klimaschutzziele aus dem Pariser Klimaabkommen eingehalten werden. Was nun am Ende rausgekommen ist, ist ein bisschen mehr Klimaschutz und wo es geht Liberalisierung, Privatisierung und die Hoffnung auf private Investitionen.

Klimazerstörung light

Durch die Klimakrise ist sowohl hier, als auch weltweit die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen bedroht. Mit den Grünen ist nun eine Partei an der Regierung, deren Wahlerfolg vor allem auf die Stärke der Klimagerechtigkeitsbewegung, allen voran Fridays for Future, zurückzuführen ist. Schon früh hat die Partei sich in die Bewegung eingezeckt und versucht mit Versprechungen auf ihrem Rücken auf Stimmenfang zu gehen. In der neuen Regierung haben sie nun die Chance dazu ihre großen Worte in die Tat umzusetzen. Aber was bisher im Koalitionsvertrag zu lesen ist für jede:n Klimaaktivist:in, dem:der die Lage bewusst ist, und für alle von der Klimakrise betroffenen Menschen jedoch ein Schlag ins Gesicht.

Den Versprechungen das 1,5 Grad Ziel einzuhalten ist zwar ein Klimaausstieg bis „idealerweise 2030" gefolgt, viel mehr jedoch nicht. Um das 1,5 Grad Ziel einzuhalten, müssen bis 2030 alle CO^2 Emissionen auf null sein. Die neue Regierung plant jedoch erst ab 2035 das Ende der Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotor, 80% Prozent erneuerbare Energien bis 2030, und statt Unternehmen, die die Umwelt verpesten, die Rechnung dafür tragen zu lassen, bekommen diese kaum Auflagen. Die Hoffnung darauf, dass die Klimakrise doch noch abgewendet werden kann, beruht darauf, dass die Forschung neue Erkenntnisse hervorbringt und Kapitalisten in noch nicht existente Technologien investieren sollen. Uns sollte klar sein: Im Kapitalismus wird die Klimakrise nicht gelöst werden können. Der Zwang zur Profitmaximierung lässt sich nicht mit dem Schutz unserer Lebensgrundlage vereinen! Die soziale Frage findet keine Beachtung: Bahnfahren bleibt weiterhin teuer, durch die Teilprivatisierung wird sich die Lage hier zudem weiter verschlechtern, durch CO^2-Steuern werden statt Unternehmen vor allem Arbeiter:innen belastet.

Klasse gegen Klasse

Und auch sonst werden sich die Klassengegensätze durch die Politik der neuen Regierung in Zukunft weiter verschärfen. SPD und Grüne haben 2005 das menschenverachtende Hartz IV-System eingeführt und sie sind heute, gut 16 Jahre später mit der Forderung eben dieses System abzuschaffen in den Wahlkampf gezogen. Hartz IV hat Tausende von Menschen in unsichere, schlecht bezahlte Minijobs gebracht. Diejenigen, die arbeitslos sind haben zu wenig zum Leben, werden vom Jobcenter ohne einen Blick auf die Fähigkeiten der Menschen in Maßnahmen und Jobs gedrängt und an ihrer Situation hat sich meist nichts geändert. Statt das System abzuschaffen haben die Koalitionsparteien es jedoch einfach in „Bürgergeld" umbenannt, die Hauptkritikpunkte an dem System bleiben weiterhin erhalten. Und auch sonst wird die neue Regierung weiterhin klassenfeindliche Politik betreiben. Durch neue Gesetze soll es zukünftig möglich sein mit der Rente am Kapitalmarkt zu zocken, statt die Reichen für die aktuelle Krise zahlen zu lassen bleiben die Kosten bei denjenigen, die ohnehin schon schlecht dran sind. Die Kapitalisten können sich zurücklehnen und weiter Millionen verdienen wie bisher.

In der Coronapandemie stand immer wieder das Gesundheitssystem und die dort arbeitenden Pfleger:innen im Fokus. Grüne und SPD versprachen im Wahlkampf großmütig eine Verbesserung der Versorgung und ein faires System der Krankenversicherung in dem nicht mehr ein paar wenige im Wesentlichen durch Beiträge der gesetzlich Krankenversicherten eine bessere Behandlung kriegen. Im Vertrag selbst ist von den Versprechungen nicht mehr viel übriggeblieben. Ein Pflegebonus, der in der ersten Sitzung direkt mal verschoben wurde, weil man sich über die Höhe nicht einig werden wollte, ein paar Arbeitskreise die „Empfehlungen" erarbeiten sollen und an der Spitze des Ministeriums ein Karl Lauterbach der vor Corona noch davon sprach man könne die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland schließen. Sonst nichts.

Klassengegensätze sind Teil ihres Systems

Ob beim „Bürgergeld", dem Klima, im Gesundheitssystem oder an zahlreichen anderen Stellen im Koalitionsvertrag – dies hier sind nur einige Beispiele von vielen – überall werden die Interessen der Armen gegen die der Reichen mal offen, mal versteckt, gegeneinander ausgespielt.

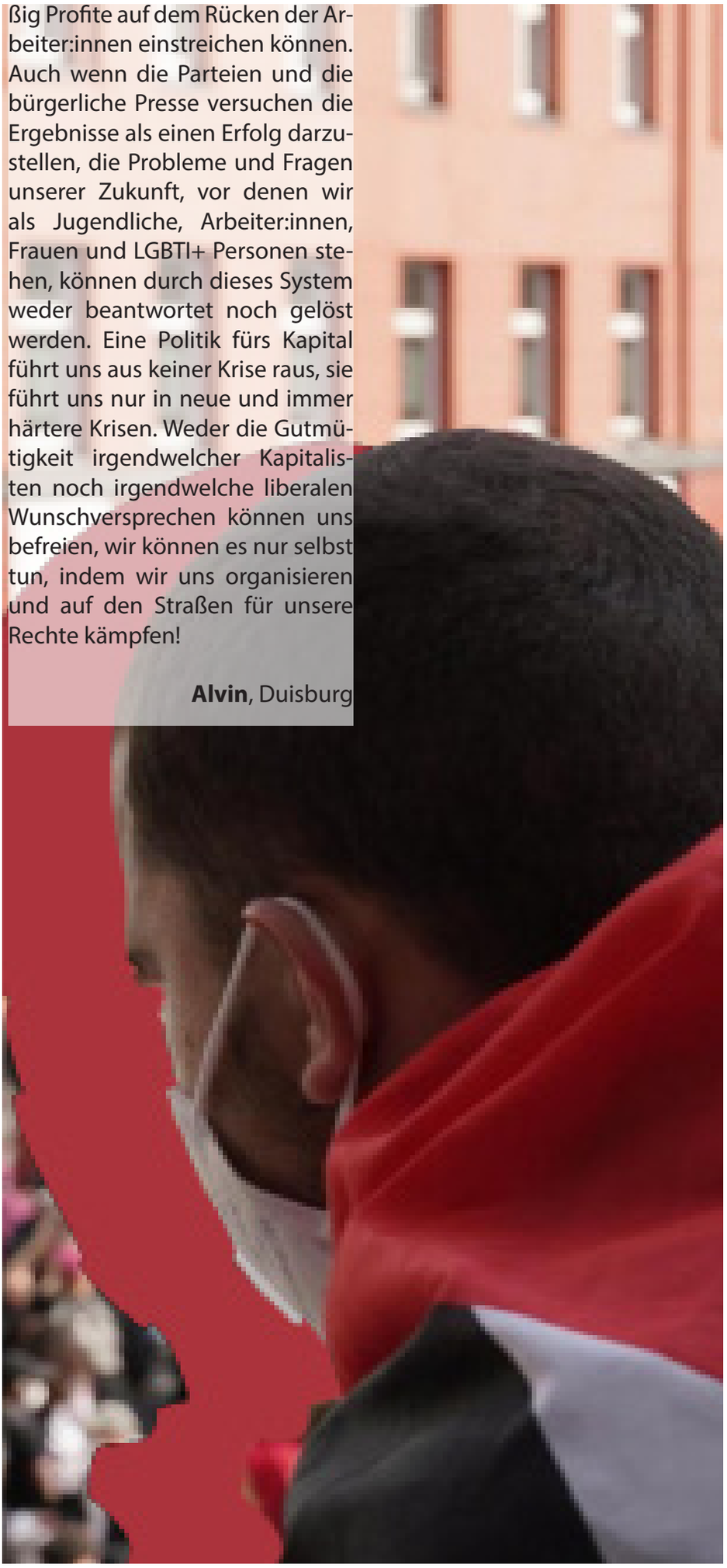
Ein Punkt, der zur Entschärfung der Klassengegensätze immer wieder genannt wurde, und der ein zentrales Element des Koalitionsvertrags ist, ist die Herstellung von Chancengleichheit und mehr Aufstiegschancen. Damit führen sie die liberale Märchengeschichte des Aufstiegs durch Bildung fort und lassen dabei außenvor, dass in einer Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen beruht ein Aufstieg aller weder gewünscht noch möglich ist. Wenn das Ziel

des Aufstiegs ist Privateigentum und Produktionsmittel anzuhäufen ist klar, dass auf der anderen Seite Menschen für diesen Aufstieg schuften müssen. Für all diese Menschen bleibt der Aufstieg eine nicht zu erreichende Realität. Gute Lebensbedingungen für alle gibt es nicht durch Chancengleichheit und soziale Aufstiege, sondern nur durch eine Aufhebung der Klassen.

Nicht ablenken lassen, sondern auf die Straßen!

Doch all diese Probleme interessiert die neue Regierung wenig, stattdessen wird von den selbsternannten „Friedensparteien“ SPD und Grüne durch die Anschaffung von bewaffneten Drohnen, neuen Kampfjets und der Unterstützung des NATO 2% - Ziels eine weitere Militarisierung vorangetrieben. Ruhiggestellt werden soll die Bevölkerung mit gesellschaftspolitischen Maßnahmen wie der Abschaffung des §219a und des sogenannten „Transsexuellengesetzes“ oder die Legalisierung von Cannabis.
Der Koalitionsvertrag verspricht an allen Ecken und Enden Liberalisierung, also Freiheiten wo es vorher keine gab. Für die Unterdrückten sehen diese Freiheiten so aus, dass es hier mal ein bisschen mehr Gleichberechtigung, woanders mal ein neues Recht gibt, an der Unterdrückung selbst wird jedoch nie was geändert. Die wirklichen Freiheiten räumt der Koalitionsvertrag jedoch den Reichen ein: Wo es geht werden Hindernisse und Bürokratie abgebaut, Arbeiter:innenrechte eingeschränkt und gefördert was das Zeug hält. Alles damit die krisengeschüttelte Wirtschaft in den kommenden Jahren wieder fleißig Profite auf dem Rücken der Arbeiter:innen einstreichen können. Auch wenn die Parteien und die bürgerliche Presse versuchen die Ergebnisse als einen Erfolg darzustellen, die Probleme und Fragen unserer Zukunft, vor denen wir als Jugendliche, Arbeiter:innen, Frauen und LGBTI+ Personen stehen, können durch dieses System weder beantwortet noch gelöst werden. Eine Politik fürs Kapital führt uns aus keiner Krise raus, sie führt uns nur in neue und immer härtere Krisen. Weder die Gutmütigkeit irgendwelcher Kapitalisten noch irgendwelche liberalen Wunschversprechen können uns befreien, wir können es nur selbst tun, indem wir uns organisieren und auf den Straßen für unsere Rechte kämpfen!

Alvin, Duisburg



FLUT

Was die Flutkatastrophe über den deutschen Staat aussagt

Es ist der 14.07.2021. In vielen Teilen Westdeutschlands regnet es schon seit dem Morgen ununterbrochen, zum Teil stark. Gegen Abend spitzt sich die Situation zu: Der Regen wird stärker, Gewitter verschlimmern die Situation lokal noch weiter. In Teilen von NRW und Rheinland-Pfalz fallen innerhalb von 24 Stunden 100l Regen pro Quadratmeter – das ist mehr als sonst in einem ganzen Monat. Der Pegel der Ahr bei Altenahr in Rheinland-Pfalz steigt innerhalb weniger Stunden von einem auf sieben Meter Höhe. Auch andere, vor allem kleine Flüsse treten über die Ufer, schwellen auf bis zu 200m Breite an und verwandeln sich in reißende Ströme, die alles mit sich reißen, seien es Autos, Häuser oder Brücken.

> Die Menschen werden schließlich nicht von den Warnsystemen vor der Flut gewarnt, sondern vom Wasser selbst.

Das Ausmaß der Katastrophe wird erst in den folgenden Tagen klar: 180 Menschen kommen in dieser Nacht ums Leben, hunderte werden verletzt, tausende verlieren ihr Zuhause. Ganze Dörfer liegen in Trümmern, sind vom Stromnetz, der Trinkwasserversorgung und der Gaszufuhr abgeschnitten, auch das Telefonnetz bricht vielerorts zusammen. Straßen und Schienenverbindungen sind zerstört. Auch nach einem halben Jahr sind die betroffenen Orte weit von der Normalität vor der Flut entfernt. Vieles wird nie wieder aufgebaut werden können.

Frühzeitige Evakuierung hätte Leben retten können

Die Frage, die sich beim Anblick der Katastrophe unweigerlich stellt, ist die nach dem Warum. Warum wurden gefährdete Anwohner:innen nicht frühzeitig gewarnt? Warum kam der Aufruf zur Evakuierung erst, als schon ganze Häuser unter Wasser standen? Warum war der Staat so schlecht vorbereitet?

An mangelnden Informationen lag es nicht, auch wenn das von Regierungspolitiker:innen immer wieder behauptet wird. Schon vier Tage vor der Flut warnte der Deutsche Wetterdienst (DWD) vor Starkregen und Überschwemmungen. Der „Hydrologische Lagebericht", der detaillierte Informationen zur Hochwasserlage enthält, warnte am 13.07. und am Morgen des 14.07. ausdrücklich vor sprunghaft ansteigenden Wasserständen.

Die Informationen waren also da, allerdings versagte das deutschlandweite Katastrophenwarnsystem. So wurden nur die Unwetterwarnungen des DWD an die Kreise und Städte weitergegeben, nicht aber die Warnungen des hydrologischen Lageberichts. Außerdem war jede vierte Warnmeldung, die an den Tagen der Katastrophe herausgegeben wurde, unvollständig oder enthielt widersprüchliche Informationen. Außerdem wurden die Warnmeldungen an die falschen Stellen geschickt oder gar nicht weitergeleitet, weil das System zur Warnung der Bevölkerung falsch eingestellt worden war. Dazu kommt, dass lokal Politiker:innen zu spät reagierten. So kam es dazu, dass Anwohner:innen entweder nicht gewarnt wurden oder die Aufforderung zur Evakuierung erst erhielten, als das Wasser schon auf den Straßen und in den Wohnungen stand.

Marode Bauwerke

Bei Katastrophen in anderen Ländern prangerten deutsche Politiker:innen immer wieder die angeblich unfähige Regierung und Verwaltung vor Ort an. In Deutschland passiere so etwas nicht. Dass das nichts weiter ist als ein Märchen, beweist nicht nur das Versagen des Warnsystems, sondern auch die Baumängel, die zum verheerenden Ausmaß der Flut beitrugen. So brachen vielerorts Dämme oder standen tagelang kurz vor dem Bersten. In Erftstadt-Blessem strömte die Erft durch das Hochwasser in eine 120m tiefe Kiesgrube, die daraufhin zusammenbrach und Teile des Ortes mit in die Tiefe riss. Erst dadurch wurden die Behörden darauf aufmerksam, dass die Grube zu nah an die Ortschaft gebaut wurde.

Wiederaufbauhilfen völlig unzureichend

Tausende Menschen haben durch die Flut ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Viele von ihnen konnten sich die teure Versicherung gegen Flutschäden nicht leisten und sind auf finanzielle Hilfe angewiesen. Die staatlichen Wiederaufbauhilfen sind aber vollkommen unzureichend und die Antragsstellung ist kompliziert. Viele Unterlagen, die benötigt werden, sind in der Flut zerstört worden, die Anträge sind lang und schwer verständlich und Schäden an Häusern müssen von

einem Gutachter beurteilt werden. Wie wir es schon aus der Corona-Pandemie kennen, sind Hotlines überlastet. Die Zahlungen reichen außerdem nicht aus, um den Lebensstandard von vor der Katastrophe wieder herzustellen und Antragssteller:innen müssen 20% der Kosten selbst bezahlen, die beim Neubau oder der Sanierung eines Hauses oder einer Wohnung anfallen – das können mehrere tausend Euro sein.
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf fast 30 Milliarden Euro geschätzt. Vorsorge hätte dagegen Menschenleben gerettet und wäre sogar günstiger gewesen, offensichtlich aber nicht profitabel genug.

Psychische Folgen

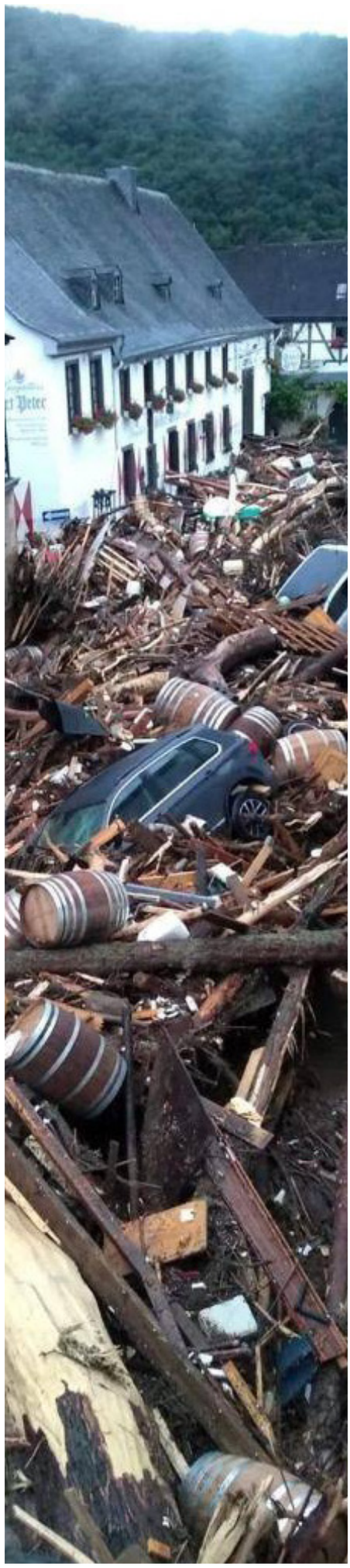
Der Wiederaufbau ist aber nicht nur ein finanzielles Proben. Viele Menschen haben traumatische Erfahrungen gemacht oder Angehörige und Freunde verloren. Sie brauchen nicht nur Geld, sondern ein sicheres Umfeld und psychologische Unterstützung. Genau das fehlt im Chaos der Aufräumarbeiten und zwischen Stapeln von Antragsformularen aber oft.
Besonders schlimm trifft es Kinder und Jugendliche. Sie wurden aus ihrem gewohnten Leben gerissen, trotzdem wird von ihnen erwartet, dass sie weiter normal zur Schule gehen, denn im Lehrplan bleibt wenig Zeit für eine gemeinsame Verarbeitung des Erlebten, auch wenn sich einige Lehrer:innen viel Mühe geben. Viele Schüler:innen müssen außerdem weit mit dem Bus zur Schule in eine andere Stadt fahren, weil ihre Schule zerstört wurde, werden in Containern unterrichtet oder müssen in einem Klassenzimmer im ersten Stock sitzen, während im Erdgeschoss Bauarbeiten stattfinden. Das alles zusätzlich zur ohnehin schon großen Belastung durch die Corona-Pandemie. Gehört werden ihre Bedürfnisse von der Politik kaum.

Umweltzerstörung und Klimakrise machen Katastrophen wahrscheinlicher

Man sollte meinen, dass die Politik nach einer solchen Katastrophe alles daran setzt, zu verhindern, dass so etwas nochmal passieren kann. Es ist aber eher das Gegenteil der Fall: Die Klimakrise sorgt dafür, dass Extremwetterereignisse wie am 14. Juli immer häufiger vorkommen, doch die Bundesregierung betreibt höchstens halbherzigen Klimaschutz. Auch die notwendigen Anpassungen an die Klimakrise werden nicht in die Hand genommen.

Wir sehen also, dass wir uns nicht einmal in Katastrophenfällen auf diesen Staat verlassen können. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns organisieren und für eine andere Gesellschaft kämpfen!

Carla, Duisburg



Der Weg aus der Krise

Jeden Tag kriegen wir eine schlechte Nachricht nach der anderen um die Ohren geschlagen; Montag sind es der brennende Regenwald oder Überflutungen, Dienstag die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelproduktion oder die Krise in der Pflegeindustrie, Mittwoch ein neuer rassistischer Polizeiskandal, Donnerstag Nachrichten über einen neuen Fall der Gewalt an Frauen in unseren Städten, Freitag korrupte Politiker und Lobbyverbände, Samstag deutsche Waffen, die morden und in den Ländern der Welt Kriegstreiberei betreiben und Sonntag Vertreibung und Gentrifizierung unserer Kieze. Manchmal fühlt es sich so an als würden die Probleme gar kein Ende nehmen. Jeden Tag sind andere Demos und Aktionen und trotzdem scheint alles irgendwie ziemlich aussichtslos zu sein, oder?

Seit 2008 befinden wir uns in einer anhaltenden Wirtschaftskrise, die sich immer weiter vertieft. Jedes Jahr müssen neue Gelder in Banken und Unternehmen gepumpt werden, um ihren Zusammenfall zu verhindern. Währenddessen werden Lebensmittel, Miete, Strom und Gas immer teuerer, doch unsere Löhne bleiben gleich. Während vor 50 Jahren die meisten Familien höchstens ein Drittel ihres Einkommens für die Miete bezahlten, nimmt sie heute oft mehr als die Hälfte unseres Monatseinkommens in Anspruch. Das Eigentum sammelt sich immer mehr in den Händen weniger Superreicher, wie Jeff Bezos, die auf Kosten unseres Planeten ihre Unternehmen aufbauen. Jährlich werden mehrere Tausend Quadratkilometer Regenwald abgeholzt und Treibhausgase sorgen dafür, dass die Erde Stück für Stück unbewohnbarer wird.

Die Politik doktort währenddessen an den Symptome der Krise herum; hier ein Rettungsschirm, da eine Förderung für Elektroautos oder ein neuer Fahrradweg. Zeitgleich wird versucht die Krise auf uns, die Arbeiter:innen, abzuwälzen, wie zum Beispiel durch die CO2-Steuer. Nicht nur die ökologische Krise, sondern auch die ökonomische und gesundheitliche Krise wird auf dem Rücken der Arbeiter:innen, besonders in der Pflegeindustrie, in der größtenteils Frauen arbeiten, ausgetragen. Sie riskieren ihr Leben und statt besserem Lohn und Arbeitsbedingungen kriegen sie nur billigen Applaus.

Das alles findet nicht nur in Deutschland oder Europa statt, sondern betrifft die ganze Welt. In vielen Ländern wie z.B. im Libanon erreicht die ökonomische Krise neue Dimensionen und die Kriegstreiber reiben sich schon die Hände. Von Syrien bis Mali steckt deutsches Kapital in den Waffen der Mörder und Unterdrücker. Von Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Hunger, Krieg und Unterdrückung vertrieben, bewegen sich täglich Tausende Menschen auf Fluchtrouten, die den ganzen Globus umspannen. Die imperialistischen Staaten, die diese Unterdrückungen verursachen und von ihnen profitieren, scheren sich ein Dreck um die Menschen an ihren Grenzen. Stattdessen finanzieren sie, oft unter Schirmherrschaft der EU, Diktatoren im ganzen Mittleren Osten um für Deutschland und Co. an den Grenzen die Drecksarbeit zu erledigen. Millionen Menschen in Libyen, Ägypten und der Türkei müssen teilweise Zwangsarbeit leisten und sind massenhafter Einsperrung in Lagern und der Gewalt der rassistischen Sicherheitsbehörden ausgesetzt. Weder auf der Flucht noch in den Ländern wo sie, wenn sie es schaffen, Asyl beantragen, wird ihre Situation besser. Die europäischen Staaten geben sich die größte Mühe das Leben tausender Geflüchteter und Migrant:innen zur Hölle zu machen.

Zwischen Lockdowns und dem anhaltenden Abbau von Sozialhilfen finden sich tausende

Frauen, in ihren eigenen Häusern eingesperrt, patriachalen Gewalttätern ausgeliefert. Die seit Jahren anhaltende fehlende finanzielle Unterstützung von Hilfsorten wie Frauenhäusern und Beratungsstätten vereinzelt Frauen immer weiter. Ähnlich ist die Situation für LGBTI+ Personen. Besonders im letzten Jahr mussten viele Vereine und andere sozialen Räume, wie Clubs und Bars, schließen. Gesellschafftlich ausgeschlossen und zu der eigenen Community, durch Lockdown, auf Distanz finden sich viele alleine mit psychischem Druck oder in ihnen feindlich gesinnten Familienverhältnissen. Noch mehr als das, durch aufsteigende faschistische Strömungen in der Gesellschaft steigt auch immer die Gewalt und Unterdrückung von Frauen und LGBTI+, wie man gerade besonders in Polen oder der Türkei sieht.

Es ist der Kapitalismus, der die ganze Welt in den Ruin treibt. Wir erkennen bei genauem Hinsehen, dass so gut wie alle Probleme heute eine ökonomische Basis haben. Umweltzerstörung z.B. passiert, um Produktionskosten niedrig zu halten, also letztendlich aus Profitgier. Auch aus Profitgier werden allerorts Arbeiter:innen ausgebeutet und Kriege geführt. Die imperialistischen Nationalstaaten stehen dabei fest an der Seite der Reichen. Doch die Krisen alleine bringen das kapitalistische System nicht zufall. Immer wieder versucht es sich selbst zu erneuern und stößt dabei an seine Grenzen, die immer deutlicher werden. Tagtäglich nimmt die Gewalt in der Gesellschaft zu. Rassistischen Mobs jagen Geflüchtete. Faschistische Terroristen organisieren sich. In allen Bereichen verhärten sich die Fronten. Faschisten und Verschwörungstheoretiker versuchen immer tiefer ihre Wurzeln in die bürgerliche Gesellschaft und den Staat zu schlagen. Währenddessen stehen auf der anderen Seite die fortschrittlich Kräfte der Arbeiter:innen und Unterdrückten. Die Antwort der Massen auf die anhaltende Gewalt, ob an Frauen, LGBTI+, Migrant:innen oder Arbeiter:innen ist der Aufstand, und das weltweit.

Wenn wir aktuell in die Türkei blicken, sehen wir eine große Masse von Menschen, die sich durch Proteste, aber auch durch zahlreiche andere beeindruckende Akte des Widerstands, gegen die Regierung stellen. Von Frauen, wie am 25.11. wo sie die Polizeiblockaden durchbrachen, über Arbeiter:innen, die massenhaft gegen die Inflation demonstrieren, zu dem bewaffneten Widerstand unterdrückter Völker, in den Bergen Nordkurdistans, wird jedes Mittel der Revolte angewendet.

Auch hier in Deutschland nimmt die Unzufriedenheit mit dem Staat immer weiter zu. Verständlich, bei allem was die Regierung jedes Jahr verpfuscht und an Schaden anrichtet. Die Frage ist nur, wohin und wogegen richtet sich diese Unzufriedenheit? Während aktuell tausende Menschen in die Fallen rechter und faschistischer Verschwörungstheoretiker laufen und deren einfache Parolen wiederholen, müssen wir klarstellen was die wirkliche und im Endeffekt auch einzige Perspektive heraus aus der Krise ist. Wir müssen deswegen zu allererst und selbst bewusst werden, welche Rolle wir in der Überwindung des Kapitalismus spielen.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang "bewusst"? Ein Bewusstsein zu haben bedeutet die Vereinzelung des Kapitalismus zu durchbrechen. Während uns die Probleme dieser Welt immer wieder als voneinander unabhängige Phänomene erklärt werden, ist es an uns Muster und Vorgänge zu erkennen. Zum Beispiel ist uns bewusst, dass die Umweltkrise eine Krise der Wirtschaftsweise ist. Uns ist bewusst, dass Politiker:innen auch bestimmte ökonomische Interessen verfolgen. Wir sehen, dass bestimmte Dinge, die uns als unterschiedliche Sachen verkauft werden, eigentlich eine gemeinsame Basis haben. Dieses Bewusstsein müssen wir immer weiter ausweiten, und unsere eigene Situation angucken: Was ist meine Rolle in dem Ganzen? Was ist die Rolle derer um mich rum? Wo stehen wir in diesen Prozessen?

Wir müssen das Bewusstsein haben das wir ein gemeinsames Interesse an der Beendigung der Krise und der Überwindung des Kapitalismus haben, egal ob wir als Arbeiter:in, als Frau oder bspw. als Migrant:in unterdrückt sind. Die Art und Weisen, wie wir unsere Unterdrückung im Kapitalismus erleben, ist vielleicht unterschiedlich, aber egal ob es um die Aubeutung im Beruf, die Flucht vor Krieg und Zerstörung, die Isolation und unentlohnte

Arbeit in tausenden Küchen und Häusern geht, es sind immer die selben, die am Ende von unserem Leid profitieren. Und ihnen müssen wir den Kampf ansagen. Diese Leute haben ein gemeinsames Intresse und zwar das Interesse immer mehr Profit zu erwirtschaften. Sie stellen sich uns nicht als Einzelne entgegen, sondern als organisierte Klasse, mit eigenen Institutionen und Waffen. Unser Interesse zu einer Beendigung der Ausbeutung und Unterdrückung steht im direkten Widerspruch zu ihrem Interesse, sich immer mehr in ihre eigenen Taschen zu schaufeln.

Während es immer wieder zu Demos und Aktionen kommen auf denen bestimmten Forderungen gestellt werden und einzelnen Symptomen der kapitalistischen Krise der Kampf angesagt wird, fehlt es genau an diesem Bewusstsein: Gemeinsam für unser Intresse eintreten zu müssen und nicht nur einzelne Symptome, sondern den gesamten Kapitalismus überwinden zu wollen. Die Frage die wir uns stellen müssen ist dann aber wie wir dieses gemeinsame Interesse durchsetzen wollen. Dazu braucht es einen Plan, eine Strategie und ein gemeinsames Ziel. Dieses gemeinsame Ziel kann nur der Sozialismus sein. Nur der Sozialismus, in dem auf komplett verschiedene Art und Weise produziert wird und eine andere Ökonomie herrschen würde, stellt einen Ausweg aus der anhaltenden kapitalistischen Krise dar. Nur durch das Erreichen des Sozialismus können wir unser aller Unterdrückung beenden.

Doch in dieser Sache stellen sich uns Polizei, Militär und viele andere kapitalistische Handlanger in den Weg. Es braucht deswegen eine starke Organisation, mit der wir da wo wir sind, die Kämpfe für Gerechtigkeit führen können. Und die es uns ermöglicht, uns international zu vernetzen und mit all den anderen Menschen, die weltweit gegen Unterdrückung und für den Sozialismus kämpfen, zusammenzuarbeiten.

Es ist an jedem:r einzelne:n von uns, sich zu organisieren, solche Möglichkeiten zu errichten und uns nicht entmutigen zu lassen! Nur mit dem klaren Bewusstsein darüber, was unser Ziel ist und mit wem wir es gemeinsam haben, können wir, auch wenn wir vor lauter Hindernisse manchmal den Weg nicht mehr erkennen können, mutig und selbstbewusst voranschreiten. Nur indem wir uns gemeinsam organisieren,können wir alle Hindernisse auf unserem Weg aus der Bahn räumen. Deshalb rufen wir auf, alle gemeinsam und organisiert für den Sozialismus und eine bessere Welt zu kämpfen!

Leyla, Berlin

Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Ketten!

WELTGESUNDHEITSORGANISATION
WORLD HEALTH ORGANIZATION
ORGANISATION MONDIALE DE LA SANTÉ
INTERNATIONALE BESCHEINIGUNGEN
ÜBER IMPFUNGEN
UND IMPFBUCH
INTERNATIONAL CERTIFICATES
OF VACCINATION
CERTIFICATS INTERNATIONAUX
DE VACCINATION
gemäß § 16 Bundes-Seuchengesetz
Vili Viorel Păun
Sedat Gürbüz
Fatih Saraçoğlu
Ferhat Unver
Gökhan Gültekin
Mercedes Kierpacz
Kaloyan Velkov
Hamza Kurtović
Said Nesar Hashemi
HANAU WAR
KEIN EINZELFALL!
WIDERSTAND,
ÜBERALL!
#MIGRANTIFA
yseurope
life:)
ECONOMY

YOUNG-STRUGGLE.ORG

YOUNG STRUGGLE

Frauenmorde und die Gewalt gegen Frauen ist die Krise selbst.

GEGEN DIE KRISE IN DEN FRAUENAUFSTAND!

Wir durchleben eine Zeit, in der die Gewalt gegen Frauen auch unter der Pandemie weiter zunimmt. Frauenmorde (Femizide) und Gewalt gegen Frauen entwickeln sich vor unseren Augen zu einer Krise, die europaweit von Land zu Land unterschiedlich ist. Diese Krise schreitet in Form eines Kampfes gegen Frauen durch das männliche Geschlecht und patriarchal imperialistisch-kapitalistische Mächte voran.

STAATEN GEGEN GEWALT AN FRAUEN?

Während Regierungen in anderen Krisensituationen, wie der Krise im Gesundheitswesen und der Wirtschaftskrise schnelle Maßnahmen und Lösungsstrategien festlegen, werden im gleichen Moment Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde nicht zum Thema der Krise gemacht und nur begrenzt Maßnahmen ergriffen. Wir fordern seit Beginn der Pandemie, dass verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Einige dieser Forderungen sind: Gewalt gegen Frauen zum Krisenthema machen und eine Beihilfe für Frauen und LGBTI+ die von finanzieller Gewalt betroffen sind bereitstellen. Frauen, die sich an Hotlines gegen Gewalt an Frauen wenden, sollen nicht nur beraten werden, sondern es muss sofort Hilfe vor Ort sein, um den Täter handlungsunfähig zu machen, unter anderem stärkere Unterstützung, wenn man Fälle bei der Polizei meldet, die Anzahl der Frauenhäuser erhöhen, schwerwiegende Urteile und Strafen für Täter, die auf Grund von Gewalt-, Mord- und Vergewaltigungsfällen vor Gericht stehen die Gewährleistung der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die meisten unserer Forderungen wurden jedoch vom patriarchalen Staat nicht so beantwortet, wie wir es wollen. Wie schon vor der Pandemie wird die seither gestiegene Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen und Frauenmorde von dem Staat nicht beseitigt, er ergreift nur vorübergehende und keine langfristigen Maßnahmen.

Warum sind die Femizidraten in einigen europäischen Ländern und in Deutschland so hoch? Warum kriegen Männer, die Frauen ermorden, vor Gericht geringere Strafen wegen „strafmindernder Umstände“?

Ein Teil der weltweiten Femizide wird auf dem europäischen Kontinent erlebt. Die Ermordung von 137 Frauen jeden Tag und 50.000 Frauen pro Jahr verdeutlicht das erschreckende Ausmaß der Femizide auf globaler Ebene. Frauen werden von ihren Ehemännern, Partnern, Vätern, Söhnen und Männern, die sie nicht mal kennen, ermordet. Die Ermordung von 267 Frauen und der Mordversuch an 542 Frauen im Jahr 2019 zeigen das Ausmaß in Deutschland. In den drei größten imperialistischen Ländern Europas (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) wird seit 2016 jeden dritten Tag eine Frau ermordet. Selbst in diesen angeblich fortschrittlichen Ländern sind Frauen nicht sicher. Die Männer, die Gewalttaten begehen, stammen aus vielen verschiedenen Ländern und zu sagen, dass die meisten von ihnen Geflüchtete sind, ist eine Aussage, die in unserem Kampf ein Hindernis darstellt. Gewalt gegen Frauenist sowohl in den Nachrichten mehr thematisiert worden als auch bei uns als Frauenorganisation in den Mittelpunkt unserer Arbeit gerückt. Der Krieg, das von einem Geschlecht gegen das andere geführt wird, hat sich unter den Pandemiebedingungen mit der Kraft, die er von den patriarchalen Regierungen erhält, gesteigert. Der Mann, der Gewalt ausübt, steht in unserem Visier, egal aus welchem Land er kommt. Solange Gewalt gegen Frauen und sexualisierte Übergriffe eine landesweite Krise sind, sollte unsere Kampflinie dagegen militanter sein und sich auf Frauengerechtigkeit und Selbstschutz richten.

GRÜNDE FÜR DIE GEWALT

Ein Grund, warum Femizide und Gewalt gegen Frauen in Europa und in Deutschland zunehmen, ist, dass es keine bedrohlich hohen Strafen

gibt. Weil die Strafen nicht hoch genug sind, können Männer es ertragen, für eine gewisse Dauer ins Gefängnis zu kommen. Die so genannten „hohen Strafen“ werden für Männer kaum umgesetzt, oder die Prozesse, die noch einmal geführt werden, enden damit, dass der Frauenmörder-Mann freigelassen wird. Einen Mord zu begehen, wird als eine leichte Tat angesehen, die nicht mit einer langen Gefängnisstrafe bestraft wird. Die Gesetze und Gerichte arbeiten sozusagen für die Männer. Solange die patriarchale Justiz das Sagen hat, können Männer problemlos weiter morden, vergewaltigen und gewalttätig sein. Eine der am häufigsten gestellten Fragen bei Google lautet: „Wie erhalte ich die geringste Haftstrafe, wenn ich einen Mord begehe?“ oder „Was sollte ich tun, um eine geringere Strafe zu erhalten?“. Die Morde und die Gewalt gegen Frauen und LGBTI+ Personen werden in der Gesellschaft nicht als allgemeines Verbrechen, Mord oder Gewalt angesehen. Das bürgerliche Gesetz ist ein Gesetz, das sich über die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern erhebt und auf der Seite der Männer steht und genau deswegen nehmen Gewalt, Vergewaltigungen und Femizide unaufhörlich zu.

Ein weiterer Grund für die Femizide ist die gelehrte Männlichkeit, die sich in ein gesellschaftliches Bewusstsein verwandelt. Die Realität der Femizide, beginnt damit, dass Männer Frauen als ihr eigenes Privateigentum sehen, beginnt damit, dass eine Frau sich trennen oder scheiden lassen will. Der Mann will sich nicht von seinem Eigentum trennen, das er zu besitzen glaubt. Er handelt mit dem Bewusstsein seines Rechts, sein eigenes Eigentum verbrennen, töten und verletzen zu können, aber die Frau ist keine Ware und auch kein Privateigentum, sondern ein Subjekt. Sie hat die Freiheit, über ihren eigenen Körper und ihr Leben zu entscheiden. Doch die kapitalistischen, patriarchalen Regierungen und all ihre Machtmechanismen betrachten die Familienstruktur und die männliche Vorherrschaft als „Sonderbereiche“, sie greifen nicht ein, wenn der Mann Gewalt ausübt.

NEHMT IHR UNS EINE:N – ANTWORTEN WIR ALLE!

Der Mord an Ladina in der Schweiz, den wir uns genau angesehen haben, ist ein konkretes Beispiel dafür: Ladina war eine verheiratete Mutter, eine junge Frau. Lange Zeit erlebte sie Gewalt durch ihren Mann. Bevor sie ermordet wurde, machte eine Young Struggle Genossin von uns, die eine Kindheitsfreundin von ihr war, eine Anzeige, aber die Polizei unternahm nichts. Die Polizei war lediglich Zuschauer und stellte fest, dass „ die Anzeige nicht von der Betroffenen gemacht wurde“, und schenkte dem Ganzen keine Beachtung. Die Schweizer Gerichte zeigten ihr Gesicht der patriarchalen Justiz sehr deutlich, als sie den Mörder, den sie 2020 verhaftet hatten, im Herbst 2021 freiließen.
Der Täter hat dem Gericht vorgespielt die Tat zu bedauern und die Justiz verhängte, mit der Begründung, er wäre psychisch nicht stabil, eine geringere Strafe.

Die Folge war eine einjährige Haftstrafe für das Leben einer Frau. Als Mensch war die Frau scheinbar wertlos. Die Frau, die nichts wert ist, die als Ware betrachtet wird, die vom Mann vernichtet wird, wurde durch den kapitalistischen, patriarchalen Staat mit seiner Polizei, seinem Gericht, seinen Gesetzen noch mehr entwertet. Mit diesem Beispiel haben wir gesehen, wie die Ungleichheit im bürgerlichen Recht die Gewalt gegen Frauen und LGBTI+ Personen jeden Tag reproduzieren kann.

Damit Fälle wie dieser nicht noch einmal passieren, müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam kämpfen:

Frauen verteidigen wir uns selbst! Lasst uns solidarisch miteinander sein, lasst unseren Widerstand gemeinsam auf die Straße tragen, machen wir unseren Kampf gegen die patriarchale Gewalt öffentlich und militant! Frauen und LGBTI+-Menschen können gemeinsam stark sein, wir können die heterosexistische Welt verändern. Wir müssen nicht nur für unsere Rechte im patriarchalen, kapitalistischen System kämpfen, sondern auch für eine Welt ohne Gewalt! Für unsere Freiheit, für eine Welt ohne Gewalt und Heterosexismus können wir mit der Strategie der Frauenrevolution handeln.

Der Artikel ist ein Gastbeitrag vom **Bund Sozialistischer Frauen (SKB)**. Die ungekürzte Version des Artikels könnt Ihr auf unserem Blog unter **WWW.YOUNG-STRUGGLE.ORG** lesen.

Eure Erfahrungen in der Krise

Wir haben Euch, unsere Leser:innen nach Einsendungen zu der Frage, wie Ihr die Coronakrise erlebt habt gebeten. Die besten Einsendungen veröffentlichen wir **hier.**

Haltet auch beim nächsten Mal Ausschau auf unseren sozialen Medien um selbst Texte einzusenden!

Beitrag 1:

Vor dem ersten Lockdown hatte ich panische Angst alleine zu sein, weil die Uni weggefallen ist, ich nicht mehr zu meinem Therapeuten konnte und nur noch meine Mitbewohnerin in meiner unmittelbaren Nähe hatte – und meinen patriarchalen Freund, mit dem ich eine vierjährige Beziehung geführt hatte. Das war noch, bevor ich politisch geworden bin.
Irgendwann, 1 ½ Monate nach dem ersten Lockdown hatte ich mich dann dazu entschieden mich zu trennen, weil mich diese Beziehung immer abhängiger von einem Mann gemacht hat, der mir, außer Stress, nichts gegeben hat.

Der Anfang war hart, weil mit der Trennung mein ganzer Freundeskreis verschwunden ist und ich tatsächlich allein war, aber ich habe bemerkt, dass ich, trotz der ganzen Umstellungen, zufrieden mit meiner Entscheidung war und es auch jetzt noch bin. Dann habe ich mich im Laufe des Sommers politisiert und sehr wunderbare Menschen kennengelernt. 3 Monate hatte ich kaum einen Kontakt zur Außenwelt außer über Social Media und so habe ich dann von dem Mord an George Floyd erfahren und bin zum Ende des ersten Lockdowns das erste Mal wieder auf der Straße gewesen, diesmal auf einer Demo.

Während dem ersten Lockdown hat sich mein ganzes Leben von Grund auf umgestellt und auch nicht gerade positiv, aber ich habe mich, wenn auch nicht komplett wissentlich, von einem Teil meiner patriarchalen Ketten befreit und hätte ich das nicht getan, weiß ich nicht wo ich heute sein würde.

Beitrag 2:

Ich bin 25 Jahre alt, seit ein paar Monaten mit meiner Ausbildung fertig und arbeite im sozialen und pflegerischem Bereich für Menschen mit Behinderung.
Seit Beginn der Pandemie haben wir in der Pflege Opfer erbracht, wir arbeiten den ganzen Tag mit FFP2-Masken, wir müssen auch zur Arbeit kommen, wenn Klienten positiv auf Corona getestet wurden, wir müssen noch mehr tun (testen und dokumentieren) in der gleichen Zeit! Und was hat sich nach Applaus und Fernsehauftritten geändert? NICHTS. Was bleibt ist der Streik für ein menschliches Pflegesystem.

Daiana, Duisburg

Beitrag 3:

Als die Pandemie anfing war ich 19 Jahre alt und gerade noch im ersten Semester. Schnell wurde klar, dass es in der Uni nicht mehr so weiterlaufen wird wie davor. Generell gab es bei allen Unsicherheit, niemand konnte uns Studierenden sagen,wie es weitergehen wird. Nach verlängerten Semesterferien ging es dann los mit Online-Vorlesungen. Dass wir alle funktionierenden PCs, Drucker und eine super WLAN Verbindung haben, war für die Uni wohl selbstverständlich. Die Dozent:innen versicherten uns, dass die Lehre sicher nur ein paar Wochen online wäre und dass wir spätestens im Sommer alle wieder normal zur Uni gehen könnten.
Das war natürlich nicht so. Mit der Zeit wurden die Maßnahmen immer strenger, und man konnte die Uni gar nicht mehr betreten. Auch die Bibliotheken waren wochenlang geschlossen. Haus- oder Abschlussarbeiten musste man natürlich trotzdem schreiben, auch wenn man keinen Zugang mehr zu der Literatur hatte. Man solle sich die Bücher eben einfach kaufen.

Da saß ich also 1 1/2 Jahre in meinem kleinen WG-Zimmer jeden Tag stundenlang vor meinem Laptop. Es war frustrierend. Man ist mit seinen Problemen ganz alleine. Ich hatte keine Motivation für meine Kurse, ich hatte keine Ablenkung,machte mir ständig Sorgen über Corona. Am schlimmsten war es im Sommer als alle Maßnahmen gelockert wurden. Also fast alle. Während die Leute vor meiner Haustür lachend ohne Einschränkungen in Cafés saßen, hing ich an meinem Laptop fest. Die Kurse an der Uni waren immer noch online, obwohl wir teilweise nur 10 Leute waren. Überall wurden die Maßnahmen gelockert, außer an den Unis. Aber wen wundert das, wenn man bedenkt, dass die Unis durch 1 1/2 Jahre online Lehre wahrscheinlich so viel Geld wie noch nie eingespart haben. Ob online oder Präsenz, wir sollen einfach so schnell es geht unseren Abschluss machen und auf den Arbeitsmarkt kommen, der Rest ist egal.

Mara, Hamburg

Auch in der vierten Welle sagen wir:
Es wird Zeit für eine Antwort der Arbeiter:innenklasse!

Volle Busse. Volle Bahnen. Volle Betriebe. Volle Schulen. Wir fahren täglich mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule, in den Betrieb, in die Fabrik oder in das Büro. Wir setzen uns jeden Tag einer Massen an Menschen aus. Wir setzen uns jeden Tag einer Masse an möglichen Infektionen aus. Und das nur, um diese Ellbogengesellschaft am Laufen zu halten. Wir setzen uns dem aus, weil unsere Unterdrückung als Arbeiter:in, als Teil des Proletariats, uns dazu zwingt. Oder weil viele von uns schlichtweg keine anderen Möglichkeiten haben, als sich dem hohen Infektionsrisiko im Alltag auszusetzten, ohne dadurch jegliche Existenzgrundlage zu verlieren.

Die bürgerliche Politik und deren Versagen, so wie die grundsätzliche Unvereinbarkeit des kapitalistischen Systems macht sich wieder einmal lautstark bemerkbar. Denn die Infektionszahlen in Deutschland steigen wie nie zuvor. Die Intensivstationen füllen sich von Tag zu Tag, zwar gibt es deutlich weniger Todesfälle, aber deren Anstieg steht praktisch schon vor der Tür, wenn die Infektionszahlen weiterhin so steigen.

Das Handeln der bürgerlichen Politik in Deutschland richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der deutschen Arbeiter:innenklasse. Denn die Interessen der Politik, sind die des Staates und damit auch automatisch die der herrschenden Klasse. Denn der Staat ist das Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere. Und damit ist klar, welche Interessen und Bedürfnisse der deutsche kapitalistische Staat vertritt. Und das sehen wir auch auf den Straßen Deutschlands.

Nahezu tagtäglich versammeln sich sogenannte Coronaleugner, auch Querdenker genannt, auf den Straßen Deutschlands. Und dies ohne jegliche Maßnahmen für den Infektionsschutz einzuhalten. Und das auch noch mit Genehmigungen, ohne jegliche Maßnahmen seitens der Polizei und des Staates. Sie erfahren seitens des Staates so gut wie keine Repression, oder sonstige Gegenmaßnahmen. Während die Polizei, welche auch nicht mehr als das ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse ist, um die bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten, gegen revolutionäre Strukturen mit den härtesten Maßnahmen und einer unglaublichen Repression vorgeht, stehen die Coronaleugner immer noch auf den Straßen und machen ohne jegliche Behinderungen von ihrem Demonstrationsrecht und dem Vorteil keine Art von Gegenmaßnahmen zu spüren gebrauch.

Widerspruch des Staates

Doch warum spüren Coronaleugner keine Form von Repression im Gegensatz zu revolutionären Strukturen? Sie spüren keine Form der Repression, auch nach der versuchten Stürmung des Reichstags in Berlin. Stattdessen jagt die Polizei nach Jugendlichen auf den Straßen, die auf dem Gehweg E-Roller fahren, ihnen entsprechend kriminell aussehen (racial profiling) und damit direkt in die Kategorie "Staatsgefährdende Bandenkriminalität" gehören, oder eben revolutionäre Strukturen, welche den Widerspruch seitens des Staates deutlich sehen, kritisieren und gegen ankämpfen. Der Staat hat Angst vor dem politischen Bewusstsein der Revolutionär:innen, das ist klar. Doch dieser Staat ist nicht dumm, unorganisiert oder unstrukturiert.

Denn der Staat vertritt die Interessen der herrschenden Klasse und damit die des Kapitals. Die ersten Reaktionen der imperialistischen Staaten, worunter auch Deutschland fällt, war es die Unternehmen zu retten. Die Arbeiter:innen, seien es die in den Fabriken, im Gesundheitswesen und co, mussten unten anstehen. Die Krise wurde auf dem Rücken der Arbeiter:innen abgewälzt. Denn

sie waren es, die dieses System noch am laufen gehalten haben. Ohne die Arbeiter:innen wäre das ganze System unter dem Deckmantel des Kapitals zusammengebrochen. Denn es sind die Arbeiter:innen, die in den Fabriken die Laufbänder am laufen halten, oder die von Corona erkrankten Menschen in den Krankenhäusern pflegen. Und das unter den inhumansten Umständen auf dem Arbeitsplatz.

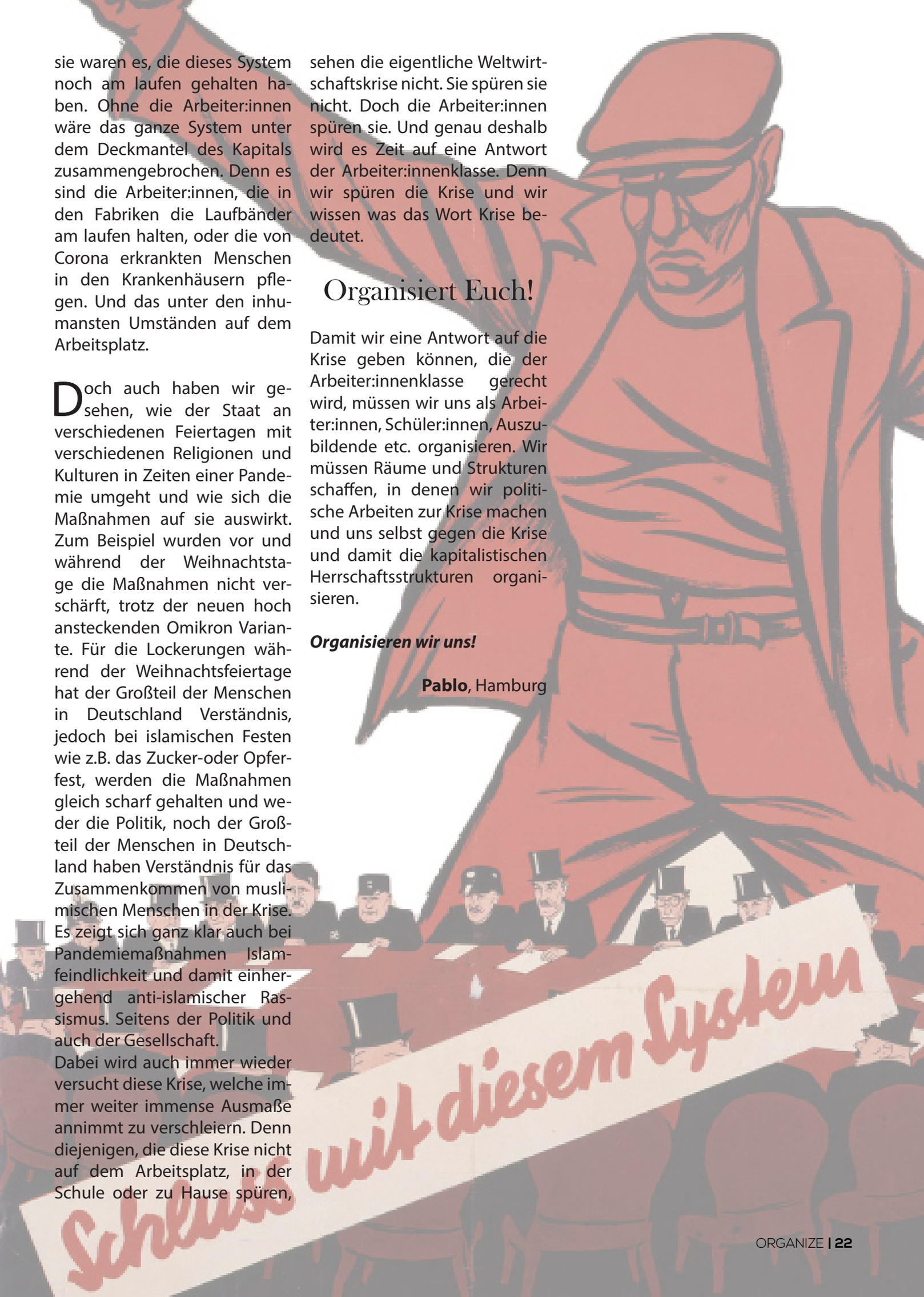
Doch auch haben wir gesehen, wie der Staat an verschiedenen Feiertagen mit verschiedenen Religionen und Kulturen in Zeiten einer Pandemie umgeht und wie sich die Maßnahmen auf sie auswirkt. Zum Beispiel wurden vor und während der Weihnachtstage die Maßnahmen nicht verschärft, trotz der neuen hoch ansteckenden Omikron Variante. Für die Lockerungen während der Weihnachtsfeiertage hat der Großteil der Menschen in Deutschland Verständnis, jedoch bei islamischen Festen wie z.B. das Zucker-oder Opferfest, werden die Maßnahmen gleich scharf gehalten und weder die Politik, noch der Großteil der Menschen in Deutschland haben Verständnis für das Zusammenkommen von muslimischen Menschen in der Krise. Es zeigt sich ganz klar auch bei Pandemiemaßnahmen Islamfeindlichkeit und damit einhergehend anti-islamischer Rassismus. Seitens der Politik und auch der Gesellschaft.
Dabei wird auch immer wieder versucht diese Krise, welche immer weiter immense Ausmaße annimmt zu verschleiern. Denn diejenigen, die diese Krise nicht auf dem Arbeitsplatz, in der Schule oder zu Hause spüren, sehen die eigentliche Weltwirtschaftskrise nicht. Sie spüren sie nicht. Doch die Arbeiter:innen spüren sie. Und genau deshalb wird es Zeit auf eine Antwort der Arbeiter:innenklasse. Denn wir spüren die Krise und wir wissen was das Wort Krise bedeutet.

Organisiert Euch!

Damit wir eine Antwort auf die Krise geben können, die der Arbeiter:innenklasse gerecht wird, müssen wir uns als Arbeiter:innen, Schüler:innen, Auszubildende etc. organisieren. Wir müssen Räume und Strukturen schaffen, in denen wir politische Arbeiten zur Krise machen und uns selbst gegen die Krise und damit die kapitalistischen Herrschaftsstrukturen organisieren.

Organisieren wir uns!

Pablo, Hamburg



Von Dessau bis Hanau: So viele Einzelfälle

In Zeiten von Social Media, wo alles geteilt wird, etwas schnell viral gehen kann, sehen wir öfter die hässliche Seite der Polizei. Die Seite die der Staat nicht zeigen will. Wir alle haben noch die Bilder im Kopf wie der rassistische Cop Derek Chauvin mit seinem Knie auf Georg Floyds Genick stand. Auch aus Deutschland sehen wir Videos die zeigen wie eine Kontrolle durch die Polizei für migrantische Menschen enden kann. Oder wie die Bullerei auf Demonstrationen auf Menschen einschlägt und sie festnimmt. Das sind keine Einzellfälle sondern diese Praxis ist fester Bestandteil der Polizei, egal wo auf der Welt!

Was bei dieser Praxis rumkommt sehen wir in vielen Fällen. Zum Bespiel bei Oury Jalloh. Die Polizist:innen die ihn ermordet haben wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Sie sind immernoch im Dienst und können weiter ihren Job ausüben. Eine Polizistin aus der Wache in der Oury Jalloh ermordert wurde, pflegte guten Kontakt zum Attentäter von Halle.

Im Netz kursieren immer wieder Videos in den zu sehen ist, wie die Polizei Gewalt gegen migrantische Menschen ausübt. Zuletzt bei dem 24-Jährigen Giórgos Zantiótis. Er wurde im November in Wuppertal in Polizeigewahrsam getötet. Die Polizei versuchte einen Zusammenhang mit dem Tod zu verschleiern indem sie im Nachgang über den angeblichen Drogenkonsum des Opfers spricht. Giórgos war das sechste Opfer das im Jahr 2021 in Deutschland in Polizeigewahrsam starb. Doch damit nicht genung: Am 01.12. berichten Medien von einem weiteren Fall von "Suizid" in Polizeigewahrsam. Ein 42-Jähriger Mann ist in der JVA-Wuppertal - zwei Tage nach seiner Festnahme wegen des Fahren ohne Fahrschein im ÖPNV - gestorben. Die Medien verbreiten die Lügen der Polizei, die auch in diesem Fall von einem Freitod berichtet.

Der Staat will nichts von ein Polizeiproblem wissen oder von einer rassistischen Gesellschaft. Wenn etwas passiert, dann waren es "Einzelfälle". Das zeigt sich einmal mehr mit der Schließung der Akten zum Anschlag in Hanau. Auch hier spricht die Bundesanwaltschaft von einem Einzeltäter ohne Mitwisser. Der Fall gilt als aufgeklärt und der Täter als verurteilt. Aus Sicht des Staates kann Hanau nun in Vergessenheit geraten.
Egal ob Hanau, Halle, Celle oder sonst ein Angriff von Faschisten, diese Praxis wiederholt sich jedesmal aufs Neue. Der Staat schweigt oder seine Institutionen morden.

Liberale Stimmen sprechen meist von zu starken Korps-

geist innerhalb der Polizei, zu wenig Transparenz und fordern eine "unabhänige Institution", die die Polizei überwachen soll. Wenn wir nach England schauen - wo es so eine unabhänige Beschwerdestelle gibt, die im Falle von Polizeigewalt ermittelt - dann sehen wir, dass so eine Institution nichts bringt. Für uns ist klar, dass uns keine Reformen schützen können. Wir müssen uns selbst schützen, denn der Staat und seine Institutionen - damals wie heute - sorgen sich nicht um uns. Im Gegenteil! Sie sind der Ursprung unserer Unterdrückung. Wir haben es damals gesehen und sehen es wieder, wir müssen uns selbst schützen und uns gegen den Staat zur Wehr setzen. Denn der bürgerliche Staat dient nur den Interessen des Kapitals und hat die Aufgabe das Proletariat zu Unterdrücken.

Rassismus spielt dabei eine wichtige Rolle, es soll die Menschen spalten damit sie nicht ihren wahren Feind erkennen. Außerdem dient es auch als Rechtfertigung für die Ausbeutung der Welt. Rassismus und Faschismus sind also unverzichbare Bestandteile um die Interessen der Herschenden durchzusetzen. Die Polizei hat als ein Organ dieses Staates somit das einzige Ziel die Aufrechterhaltung der "Ordnung", also unserer Unterdrückung. Wir können uns also nicht auf die Polizei verlassen und Reformen werden daran nichts ändern! Unser einziger Ausweg ist die antifaschistische Selbstorganisierung.

Tarek, Berlin

Ein Angriff auf eine:n ist ein Angriff auf uns alle!

Polnisch-belarussische Grenze

Neue Mauer der Festung Europa

Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Zukunftslosigkeit, politische Repressionen, Kriege und Massaker... Unter allen möglichen Grausamkeiten und Leiden der kapitalistischen Barbarei machen sich die Menschen auf die Suche nach lebenswerteren Zuständen. Und so beginnt die Reise der Hoffnung.

Diese Reise, dieses so genannte „Schicksal" begegnet ihnen auf den in die Tiefe stürzenden Schiffen, in den von Krankheiten und Hunger geprägten Lagern, an den Grenzen, hinter den Stacheldrähten, mit auf sie gerichteten Gewehren.
Kälte, Schnee, Regen oder Sturm macht nichts aus. Das „Schicksal der Reise zur Hoffnung „ ist für sie schon geschrieben. Trotz des Todes, der sie ständig verfolgt, setzen sie ihre Reise fort, denn diese Reise ist der Kampf der Armen auf der Suche nach Brot, auf dem Weg ins Ungewisse.

Seit Monaten ist diese Reise mit all ihrer Grausamkeit und Wirklichkeit an der polnisch-belarussischen Grenze deutlich zu sehen. Tausende von Menschen sitzen nun schon monatelang zwischen diesen den Grenzen fest, wo sie unter Kälte und Hunger um ihr Überleben kämpfen. Doch wie kam es zu dieser Situation? Wie ist diese humanitäre Krise entstanden und wie entwickelt sie sich im Moment?

Von Hewlêr nach Minsk: Reise der Hoffnung

Die Flucht nach Belarus hat in der letzten Zeit besonders stark zugenommen, was vor allem auf die Krise zwischen der EU und Belarus zurückzuführen ist. Um in dieser Krise die Oberhand zu gewinnen, plante der belarussische Präsident Lukaschenko, die Geflüchteten als Druckmittel gegen die EU einzusetzen. Diese Politik ist uns schon bekannt. Das faschistische türkische Regime nutzt Geflüchtete seit Jahren als politisches Verhandlungsmittel. Die EU-Staaten, die die Taschen von Diktator Erdoğan füllen, um die Geflüchteten an den türkischen Grenzen zu behalten, erhalten im Gegenzug diesen politischen Druck von dem faschistischen Diktator und schaffen dadurch eine humanitäre Krise. Und außer dass er das Vorbild für diese Politik war, spielte der türkische faschistische Staat eine wesentliche Rolle bei dieser neuen humanitären Krise an der polnisch-belarussischen Grenze.

Es wurde aufgedeckt, dass Menschenschmuggelnetzwerke im Irak den Visumsprozess für Belarus in der Türkei gelöst hatten und dass die Turkish Airlines eine große Rolle beim Transport von Geflüchteten spielten. Das faschistische türkische Regime hütet sich nicht davor, dies zu tun, sondern tut dies im Rahmen seiner Politik des Expansionismus und der Teilnahme an imperialistischen Konflikten.

Die meisten Geflüchteten kommen aus Südkurdistan, offiziell der Autonomen Region Kurdistan. Dies ist erwähnenswert, da die autonome Region oft als einigermaßen wohlhabender und sicherer Ort angesehen wurde. Als Halbstaat betrachtet, ist die Autonome Region Kurdistan von dem Präsenz des US-Militärs in der Region und wirtschaftlich vom angrenzenden faschistischen türkischen Staat abhängig. Korruption, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung sind häufig zu beobachten. Insbesondere nach der Zusammenarbeit der KDP-Regierung unter Präsident Barzani mit dem türkischen faschistischen Staat gegen die Guerilla in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan kam es

zu Protesten, die von den Polizeikräften brutal niedergeschlagen wurden.

Unter solchen Bedingungen ist es für die Menschen, vor allem für die Jugendlichen, nicht leicht, eine Hoffnung auf die Zukunft zu bewahren. Dies führt zur Suche nach besseren Lebensbedingungen, die über die staatlichen Grenzen hinausgehen.
Und so kommen wir zur aktuellen Situation. Tausende von Kurd:innen, Araber:innen, Turkmen:innen, Armenier:innen, Jesid:innen und Menschen anderer ethnischer und religiöser Gruppen drängen sich an den Grenzen der imperialistischen Staaten, die das Elend und die Grausamkeiten in ihrer Heimat überhaupt in erster Linie verursacht haben.

Zurzeit werden an der Grenze noch Stacheldrähte errichtet. Tausende von Soldaten beider Seiten sind im Einsatz, in den Grenzregionen wird der Alarmzustand ausgerufen. Kein medizinisches Personal, Journalist:innen oder humanitäre Hilfe für die Geflüchteten werden durchgelassen. Dutzende von Geflüchteten sind bisher an Kälte und Hunger gestorben, dutzende weitere wurden durch den Angriff von Soldaten mit Waffen, Pfefferspray und Wasserwerfern verletzt. Und nun versuchen viele Geflüchtete, die ihr gesamtes Hab und Gut an Menschenschmuggler verkauft haben, um dorthin zu gelangen, in ihre Heimat zurückzukehren, aus der sie geflohen sind. Und all dieses Elend und Leid, diese Toten und diese humanitäre Krise geschehen unter den Augen der so genannten „zivilisierten“ europäischen Staaten.

Es geht weder um die EU noch um Belarus: Der Täter ist der Imperialismus!

Seit Beginn der Krise geben sich sowohl Polen, und die dahinter stehende EU, als auch Belarus, und das dahinter stehende Russland, gegenseitig die Schuld. Aber es ist uns allen klar: Beide Seiten haben die Hände voller Blut! Belarus und Russland schrecken nicht davor zurück, Geflüchtete als politische Mittel zu nutzen, um sich in ihrem imperialistischen
Konflikt einen Vorteil zu verschaffen. Und die EU verschließt ihre Augen vor dem Terror polnischer Soldaten gegen Geflüchtete. Mehr noch, sie verschließt nicht nur die Augen, sie unterstützt ihn aktiv mit den Kräften von FrontEx und ihrer illegalen Pushback-Politik. Diese so genannten „modernen“ und „zivili-

sierten“ Staaten begehen humanitäre Verbrechen.

Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt Folgendes:

1) Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

2) Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Aber die imperialistische Heuchelei, die elende Betrügerei zeigt sich in diesen Deklarationen, die sie unterschreiben. Wie bei allen Gesetzen, Beschlüssen und Regeln des kapitalistischen Systems taucht auch hier die entscheidende Frage auf: Freiheit, aber für wen? Freiheit, aber für welche Klasse, für die herrschende oder die unterdrückte Klasse, für die Bourgeoisie oder das Proletariat?

Die Herrschenden der Welt schaffen jede Erleichterung für den freien Kapitalfluss und für den freien Handel, und entfernen alle „nationalen“ Grenzen und Beschränkungen. Aber „das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt“ für die Unterdrückten steht in den internationalen Gesetzen nur als Beiwerk. Die Herrschenden wollen die Menschen, die sie durch die Kriege und Konflikte in ihren Heimatregionen zur Flucht gezwungen haben, an den Orten kontrollieren, an denen sie diese Menschen möglichst leicht unter Kontrolle bringen können.

Aber das macht nichts, am Ende werden sie nicht mehr in der Lage sein, dies zu tun, die Hungerarmee wird nicht mehr beherrschbar sein!

Kampf ohne Grenzen: Was sind unsere Aufgaben?

Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze war nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein. Solange diese unmenschliche Geflüchtetenpolitik existiert, solange die Geflüchteten als Druckmittel zwischen den imperialistischen Blöcken eingesetzt werden, wird es diese humanitären Krisen weiterhin geben. Und solange es diese Krisen gibt, solange die imperialistischen Staaten die Geflüchteten als günstige Arbeitskräfte in ihren imperialistischen Zentren einsetzen, werden die Kriege im globalen Süden und die Ausbeutung der Arbeitskräfte in den imperialistischen Zentren weitergehen. Daher sind die Kämpfe der Geflüchteten und die Kämpfe der einheimischen Arbeiter:innen miteinander verbunden, der Erfolg des einen wird den Erfolg des anderen nach sich ziehen.

Gerade jetzt haben die europäischen Arbeiter:innen und Unterdrückten, Antifaschist:innen, Revolutionär:innen, Sozialist:innen und Kommunist:innen die Aufgabe, für die Öffnung der Grenzen für Arbeiter:innen und Unterdrückten aus aller Welt zu kämpfen, sich gegen jede Politik der Diskriminierung, gegen den durch Assimilation geförderten Rassismus zu stellen und für gleiche soziale Rechte, Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen Geflüchteten und einheimischen Arbeiter:innen zu kämpfen.

Das einheitliche Schicksal der Arbeiter:innen, Unterdrückten und Geflüchteten erfordert die Vereinigung aller Forderungen, eine einheitliche Organisierung und einen vereinten Kampf. Und als Revolutionär:innen und Sozialist:innen ist die Verwirklichung dieses Ziels, die Verwirklichung der internationalen Solidarität unsere zentrale Aufgabe! Mit internationaler Solidarität und vereintem Kampf werden wir die Festung Europa zu Fall bringen!

Rafael, Köln

OPEN THE BORDERS!

FIGHT IMPERLIALISM!

Mein schöner Körper

Mein schöner Körper,
Ich liebe dich.

Ich liebe dich
Mit deinen Hügeln und Tälern,
Ich liebe deine geschwungenen Formen,
Ich liebe deine
Stetige Veränderung.
Ich liebe es, zu spüren,
wie das Blut in dir pocht
und dich durchzieht
wie ein feines Netz
lebendiger roter Flüsse.
Ich liebe es, zu spüren,
wie du gemacht bist, um zu lieben:
Ich liebe deine Hände,
die gemacht sind, um sanft zu streicheln
und um sich fest zur Faust zu ballen.
Ich liebe es, zu spüren,
welche Freuden aus dir entspringen können - und dass du nur mir gehörst.

Mein schöner Körper,
ich liebe dich

von der Haarspitze bis zum Zehennagel:

ich liebe deine Augen,
die sich nicht verschließen wollen,
deine Arme,
die sich nicht zurückdrängen lassen,
deine Füße,
die festen Boden unter sich spüren,
dein Herz,
das vor Leben fast schon explodiert,
dein Geschlecht,
das sich nicht beherrschen lässt.

V.i.S.d.P. TAMARA BUNKE,
STEINSTRAßE 276, 10119 BERLIN

Am 11.12. gingen mehrere tausend Menschen aus der ganzen Schweiz in Zürich auf die Straße gegen Femizide. Es war die erste schweizweite Demo zu diesem Thema. Eindrucksvoll machten die Demonstrierenden klar: Nehmt ihr uns eine:n - Anworten wir alle! ***Ni una menos! Nicht eine weniger!***

FRAUEN

DIE KÄMPFEN, SIND FRAUEN, DIE LEBEN